

DÜREN

Auf dem Weg zum „Dorf in der Stadt“

Der verblasste Schriftzug „Deutsche Telekom“ ist verschwunden. „The Site DN – Urban Village“ ist jetzt über dem Haupteingang am Ellernbusch zu lesen. Außerlich ist die Änderung des Schriftzugs die sichtbarste Veränderung am früheren Sitz des Telekommunikationsanbieters, in dem bis vor wenigen Tagen auch noch das Corona-Impfzentrum des Kreises untergebracht war. Aber bei weitem nicht die einzige auf dem Weg zu einem modernen „Dorf in der Stadt“. **> Lokales**

WETTER



12° max
Tag
5° min
Nacht

> Bunte Seite

TELEGRAMME

Aldenhoven: Waffen nicht von der Bundeswehr

BERLIN/ALDENHOVEN Die bei einem Soldaten (32) in Aldenhoven entdeckten Waffen stammen nicht aus Bundeswehrbeständen. Dies habe eine erste Bewertung ergeben, teilte das Verteidigungsministerium in Berlin mit. Darüber hinaus seien nicht näher erklärte „eingestufte Dokumente gefunden“ worden, „die nun Gegenstand weiterer laufender Ermittlungen sind“. Ermittler hatten am Dienstag bei einer Razzia in Aldenhoven ein Waffenlager bei einem Bundeswehrsoldat entdeckt. Laut Ministerium handelt es sich um einen Soldaten, der zum Verantwortungsbereich des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr gehört. (afp)

Auch Weltpremieren bei der Messe „Spiel '21“

ESSEN Mit rund 1000 Neuheiten bei Brett- und Gesellschaftsspielen ist die internationale Spielemesse in Essen gestartet. Besonders im Trend liegen nach Branchenangaben kooperative Spiele, zunehmend aber auch Zwei-Personen-Varianten. Zu der Publikumsmesse „Spiel '21“ werden 600 Anbieter aus 42 Ländern erwartet. Nach dem Boom im Pandemiejahr 2020 sind die Umsatzzahlen für analoge Gesellschaftsspiele auch in diesem Jahr weiter kräftig gestiegen. 2020 hatte es nur eine Online-Ausgabe gegeben, nun findet die viertägige „Spiel '21“ wieder in Präsenz statt. Die Besucher können die Neuheiten – darunter laut Veranstalter auch Weltpremieren – unter strengen Hygienevorgaben allesamt testen. (dpa) **> Aus aller Welt**

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr
www.aachener-zeitung.de/kontakt



4 194121 901806 5 0041

DREI MONATE NACH DER FLUT

Eine Aufgabe für Generationen

Foto: David Portnick



Nach der Flutkatastrophe im Juli mit den verheerenden Bildern wie hier in Stolberg sind die Folgen noch immer spürbar. Lesen Sie im Interview mit einem Notfallsseelsorger und einem Betroffenen über die Sorgen und Zukunftsängste der Betroffenen. **> DIE SEITE DREI**

Heute die letzte Sondierungsrunde?

SPD, Grüne und FDP sprechen wieder über eine mögliche Ampelkoalition. Das Deutsche Studentenwerk fordert von einer künftigen Regierung eine grundlegende Bafög-Reform.

BERLIN Vor der möglicherweise letzten Sondierungsrunde von SPD, Grünen und FDP haben Vertreter der drei Parteien an finalen Details für eine gemeinsame Bestandsaufnahme gefeilt. An diesem Freitag wollen die Verhandlungsteams der drei Parteien in Berlin wieder zusammenkommen. Erwartet wurde, dass sie danach ein Bilanzpapier der bisherigen Gespräche veröffentlichen. Auf dessen Grundlage könnten im Erfolgsfall Parteigremien über die Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen entscheiden. Deren Start wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Regierung. In den bisherigen Sondierungsgesprächen haben SPD, Grüne und FDP unverbändlich Differenzen und Gemeinsamkeiten ausgelotet. Wer Koalitionsverhandlungen aufnimmt, tut das hingegen mit der klaren Absicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Ein Scheitern ist aber auch in dieser Phase nicht ausgeschlossen.

Bei den Grünen müsste ein kleiner Par-

teitag, der kurzfristig am Wochenende zusammenkommen könnte, der Aufnahme von Koalitionsgesprächen zustimmen. Auch die FDP will Parteigremien mit dem Ergebnis der Sondierungen befassen, ohne dass die Details im Vorfeld klar waren. Bei der SPD gibt es eine solche Pflicht zur Beteiligung von Gremien nicht.

Forderung der Jungen Liberalen

Vorausgegangen waren drei Treffen der Verhandlungsteams einer möglichen sogenannten Ampelkoalition. Am Mittwoch und Donnerstag sollten die Generalsekretäre Lars Klingbeil (SPD) und Volker Wissing

(FDP) sowie Bundesgeschäftsführer Michael Kellner (Grüne) und deren Mitarbeiter den Verhandlungsstand zu Papier bringen.

Der Chef der Jungen Liberalen, Jens Teutrine, formulierte „eine Modernisierungsagenda für das Land, die den politischen Stillstand der letzten Jahre aufbricht“, als Voraussetzung für ein Ampelbündnis. Für eine solche Koalition brauche es „mehr als nur legales Kiffen“, sagte Teutrine dem Redaktionsnetzwerk Deutschland mit Blick auf Schnittmengen der drei Partner, unter anderem bei der Legalisierung von Cannabis. Nötig sei eine Agenda für sozialen Aufstieg, eine Bafög-Reform, eine „enkeltite Rentenreform“ inklusive Einführung einer gesetzlichen Aktienrente, Erhöhung der Minijobgrenzen und mehr Vergleichbarkeit im Bildungssystem.

Eine grundlegende Bafög-Reform fordert auch das Deutsche Studentenwerk von der künftigen Koalition. „50 Jahre, nachdem die damalige

sozialliberale Koalition das Bafög ins Leben gerufen hat, braucht es jetzt einen echten Relaunch“, sagte Generalsekretär Matthias Anbuhl der Deutschen Presse-Agentur.

Den Darlehensteil abschaffen

Es müsse höhere Bedarfssätze im Bafög geben, die mit den Lebenshaltungskosten Schritt hielten, die Einkommensgrenzen der Eltern müssten „massiv“ erhöht werden, damit mehr Studierende aus der Mittelschicht und aus Nicht-Akademiker-Familien Bafög-berechtigt werden, die Leistung müsse außerdem länger gezahlt werden, da rund zwei Drittel der Studierenden zwei Semester mehr bräuchten, als es die Regelstudienzeit vorgebe. Langfristig spricht sich das Studentenwerk dafür aus, dass der Darlehensteil des Bafög abgeschafft und die Leistung, wie bei ihrer Einführung, wieder zum reinen Zuschuss umgebaut wird, so dass also nichts davon mehr zurückgezahlt werden muss. (dpa) **> Meinung und Hintergrund**



Drei Männer für die Ampel: Lars Klingbeil (v. l., SPD), Michael Kellner (Grüne) und Volker Wissing (FDP). MONTAGE: MHA

Studie: Zukunft macht vielen Deutschen Angst

Eine tiefenpsychologische Untersuchung sieht aber auch Hoffungszeichen für einen gesellschaftlichen Aufbruch.

KÖLN Zwei Drittel der Deutschen blicken einer Studie zufolge ängstlich in die Zukunft. Mangelndes Vertrauen in Staat und Institutionen fördert demnach einen Rückzug ins Private. Gleichzeitig wachse bei einem Teil der Bevölkerung aber auch die Bereitschaft, allein oder mit Gleichgesinnten für eine lebenswerte Zukunft aktiv zu werden. Das sind Erkenntnisse einer repräsentativen und tiefenpsychologischen Untersuchung des Kölner Rheingold-Instituts in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Philosophie Identity Foundation in Düsseldorf.

Schwere Krisen hätten das Vertrauen in die Zukunft fundamental erschüttert, sagte Rheingold-Gründer Stephan Grünewald am Donnerstag in Köln. Die größten Zukunftsängste betreffen demnach

den Klimawandel und die fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft.

Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erkenne durchaus an, dass die Menschheit vor gewaltigen Herausforderungen stehe. Der Problemberg werde allerdings als so unüberwindlich wahrgenommen, dass man sich resigniert ins eigene Schneckenhaus zurückziehe. „Uns begegnete eine Art Zukunftsvakuum“, sagte Grünewald. „Die Menschen denken nicht mehr in globalen Dimensionen. Sie denken nicht in europäischen Kategorien. Sie interessiert: Was ist hier und jetzt mit mir los?“

Eine auffallende Veränderung im Rahmen dieser neuen Selbstbezüglichkeit sei, dass das einstige Kontaktmaximierungsideal – möglichst

viele Freunde in den Sozialen Netzwerken – in den Hintergrund rücke. „Die Menschen haben angefangen, sich zu fragen: Mit wem will ich mich überhaupt verbinden? Wem kann ich vertrauen? Das heißt, die Menschen haben in der Corona-Zeit nicht nur ihre Kleiderschränke sortiert, sondern sie haben ihre Sozialbezüge auch neu geordnet. Und viele sogenannte Freunde sind sinnbildlich in der Altkleidersammlung verschwunden.“

Sechs Zukunftstypen

Dabei unterscheidet Grünewald sechs Zukunftstypen: Am einen Ende des Spektrums steht für ihn der Eingekapselte, der sich gegen die Außenwelt abschottet. Der nächste Typ ist der Familiäre. Für ihn sind

die wichtigen Fragen: Was wird aus meinen Kindern, wie kann ich die Bildung finanzieren? Der dritte Typ sind die Selbst-Ermächtiger. „Da haben wir einen ganz hohen Ich-Bezug. Die setzen auf ihre Erfolge, auf ihre Karriere und blenden alles andere aus. Hier finden wir viele FDP-Wähler – gerade bei den jungen Leuten.“

Typ vier sind die Tribalisten: Gleichgesinnte, die sich zusammen und gemeinsam für etwas einstehen und dadurch das Gefühl haben, etwas bewegen zu können. Die Fortschritts-Illusionisten – Typ fünf – leben tendenziell in Wohlstand und wollen ihr Leben genießen. Sie delegieren ihre Sorgen an andere, setzen etwa darauf, dass technologischer Fortschritt das Klimaproblem lösen wird.

Gruppe sechs sind die Missionierenden. „Hier finden wir vor allen Dingen Menschen der jüngeren Generation. Die fokussieren sich auf ein Thema und haben das Gefühl: Wenn ich dieses Thema in den Griff kriege, dann kriege ich das Ganze in den Griff.“ Zu den Themen gehören etwa der Klimaschutz, Ernährung, Mobilität und Sprache (Gendern).

Es zeige sich aber auch eine hoffnungstiftende Graswurzel-Mentalität: Viele entwickelten das Gefühl, selbst etwas Sinnvolles zu einer besseren Welt beitragen zu können. Ein Beispiel dafür sei die große Hilfsbereitschaft nach der Flutkatastrophe: Hier sei völlig klar gewesen, was man konkret tun könne, um die Lage zu verbessern – im Gegensatz zu anderen, komplexeren Problemlagen. (dpa) **> Meinung und Hintergrund**

Kinderärzte: Bald ein Impfstoff für unter Zwölfjährige

BERLIN Deutsche Kinder- und Jugendmediziner rechnen zeitnah mit einem Corona-Impfstoff für Kinder unter zwölf Jahren. Das sagte Jörg Dötsch, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, unserer Zeitung. Dass die Ständige Impfkommission (Stiko) dann gleich eine uneingeschränkte Empfehlung aussprechen wird, bezweifelt Dötsch: „Es ist wahrscheinlich, dass nach der Zulassung die Stiko eine eingeschränkte Empfehlung für Risikogruppen, zum Beispiel Kinder mit schweren chronischen Erkrankungen, aussprechen wird.“ (jd)

2022 soll die Wirtschaft wieder kräftig wachsen

BERLIN Das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute fällt trübe aus: Sie senkten ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Grund sind die andauernden Corona-Beschränkungen und die Lieferengpässe. Die Erholung soll nun 2022 kommen: Dann soll die Wirtschaft um 4,8 Prozent wachsen. Erwartet wird ein kräftiger Schub vor allem durch den privaten Konsum, weil die Menschen ihre „Überschussersparnisse“ aus der Corona-Zeit dann ausgeben. (afp) **> Wirtschaft**

Oslo: Ermittler stufen Angriff als „Terrorakt“ ein

OSLO Den von einem Bogenschützen verübten Anschlag in Norwegen stufen die Ermittler derzeit als mutmaßlichen „Terrorakt“ ein. Der Angriff in Kongsberg habe „den Anschein eines Terrorakts“, teilte der norwegische Geheimdienst PST mit. Der festgenommene Tatverdächtige, ein 37-jähriger Däne, hatte am Mittwochabend fünf Menschen getötet und zwei weitere verletzt. Er war der Polizei als potenziell radikalisierter Muslim bekannt. Bei ihm handele es sich um einen „Konvertiten zum Islam“. (afp) **> Politik**